

Durchblick

ver.di

5. Jahrgang, Nr. 61; 1. Juli 2003

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Personalversammlung am 26. Juni 2003

Krankenhaus im Umbruch

Personalratsvorsitzender Hans Ruge bezeichnete es auf der gut besuchten Personalversammlung am 26. Juni als „gigantisch“, was in diesem Jahr noch zu bewältigen sei. „Und das alles zusätzlich zu der Arbeit, zu der wir eigentlich hier sind, zur Versorgung kranker Menschen. Und auch diese Arbeit wird nicht weniger, sondern sie verdichtet sich im Gegenteil immer weiter.“

Der Personalrat bezeichnete gleich zu Beginn seines Rechenschaftsberichtes Projekte wie Qualitätsmanagement und neues KIS als „Zukunftssicherung“. Alleine die Auswirkungen des neuen Entgeltsystems für bundesdeutsche Krankenhäuser – DRG – würden möglicherweise zum Abbau von 100.000 – 120.000 Krankenhausbetten führen. Deswegen würde in dieser Wettbewerbssituation „Qualität unserer Arbeit eine entscheidende Rolle spielen“. Er zeigte sich von der Arbeit der Qualitätszirkel beeindruckt, kritisierte aber, dass wir bezeichnenderweise in der Kategorie „Mitarbeiterorientierung“ noch keine Zertifizierungsreife erreicht hätten.

Großen Teil seiner Ausführungen beschäftigten sich mit dem Vorschlag von der Jugend- und Auszubildendenvertretung und dem Personalrat, die Abschaffung der Zwischenprüfung für Krankenpflegeschüler vor Beendigung der Probezeit zu beantragen. Dazu: „Großes Gewicht wird der Beurteilung der Krankenpflegeschülerin durch die Stationen beigemessen. Auf Grund der zunehmenden Arbeitsverdichtung im Pflegebereich ist jedoch eine systematische Einarbeitung und Anleitung von Krankenpflegeschülerinnen durch das Pflegepersonal immer schwieriger zu bewerkstelligen. Das Beurteilungswesen für die Krankenpflegeschülerinnen entspricht nicht den Anforderungen eines professionellen Beurteilungswesens und ermöglicht keine differenzierte Beurteilung.“ Nun hat die Betriebsleitung ihre Ansicht mitgeteilt, der

Personalrat sei hier nicht in der Mitbestimmung. Laut Ruge sei hier die Rechtslage tatsächlich nicht klar und man würde dies von Experten prüfen lassen. Unabhängig davon bedauere er es, dass eine Diskussion über so eine wichtige Frage seitens der Leitung nicht gewünscht würde. Dazu Hans Ruge: „Aber die Art und Weise, wie damit umgegangen wird, macht uns nachdenklich. Wir sollten uns eine andere Streitkultur aneignen. Man könnte sich



z.B. an einen Tisch setzen, sich mit dem Problem sachlich auseinandersetzen, anstatt den Antrag mit einem Satz abzubügeln.“ In diesem Zusammenhang forderte der Redner auch eine bessere Ausstattung der Krankenpflegeschule mit technischen Mittel wie einem Internetanschluss und einen Beamer.

Hans Ruge informierte die Beschäftigte über das Scheitern der Tarifverhandlungen mit der Bundesknappschaft für die Küchenbeschäftigten in der Service GmbH DSL. Der Personalratsvorsitzende erwähnte unseren Artikel zu dem „unmoralischen Angebot“ in der letzten Durchblick-Ausgabe, um schließlich zu unterstreichen, dass der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag über kurz



oder lang uns alle treffen wird. Und damit war er auch schon bei der so genannten „großen Politik“, dem „größten geplanten Sozialabbau in der Geschichte unseres Landes – Agenda 2010 genannt.“

Darauf ging auch ver.di-Gewerkschaftssekretär Thomas Müller in seiner Ansprache ein. Er machte deutlich, dass die derzeitige Politik zu mehr Arbeitslosen führen wird und nannte Alternativen der Gewerkschaft für eine neue Politik. An praktischen Beispielen erläuterte die Wirkungen einer vorgezogenen Steuerreform und kündigte weiteren Widerstand an.

Daran knüpfte in der Diskussion Michael Quetting an, er zählte einige „Horror Dinge“ auf, kritisierte die „verlogene“ Sprache der Medien und warnte vor den wirtschaftlichen Folgen. Ferner berichtete er von den ersten Erfolgen und auch Schwierigkeiten beim Einführen des Qualitätsmanagementsystems. Die Kolleginnen und Kollegen könnten stolz sein, da sie an diesem Prozess so motiviert und engagiert teilnehmen.



Was lassen wir uns alles noch gefallen?

Widerstand gegen große Koalition zur Privatisierung der Gesundheit ist jetzt dringend geboten

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz zur Gesundheitsreform ist unsozial und unsolidarisch. Insbesondere die Privatisierung des Krankengeldes und damit verbunden die Zerstörung der paritätischen Finanzierung ist verhängnisvoll. Die verschiedenen Maßnahmen werden die Patienten mit 7,6 Milliarden Euro belasten und die Unternehmer von zehn Milliarden Euro entlasten.

Nun wollen SPD und CDU einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorzulegen. Das lässt nichts Gutes ahnen. Zu befürchten ist, dass weiter Gesundheitsversorgung privatisiert und gesundheitliche Risiken weiter auf den Einzelnen übertragen werden.

Es ist schon erstaunlich, wie schnell man sich einigen kann. Dem monatelangen Hickhack um die Gesundheitsreform zwischen Rot-Grün und den Unionsparteien folgt nun eine rasche Einigung, die am Ende zu einer Mehrheit im Parlament, aber auch zu einem bedeutenden Mehr an sozialer Härte gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft führen wird. Die Interessenslage beider Seiten ist klar: Rot-Grün muss die Gesundheitsreform durch das Parlament und den von den Unionsparteien dominierten Bundesrat bringen, aber schon die eigene Bundestagsmehrheit wackelt. Der Union und ihren Lobbyisten gehen die rot-grünen Sozialabrissspläne nicht weit genug. Der Forderungskatalog der Unternehmerverbände wird in Schröders Agenda und dem Gesetzentwurf der Bundesgesundheitsministerin nicht ausreichend umgesetzt.

Unterstützt man nun den Kanzler, werden Nägel mit besonders unsozialen Köpfen gemacht, und ab 2004 kann nach einem gelungenen Angriff auf den Sozialstaat eine neue Phase der Umverteilung von unten nach oben beginnen. Denn nun sitzt ja die Union de facto mit am Regierungstisch.

Und die hatte ja im Wettlauf um den Abriss



des bundesdeutschen Sozialsystems die weitreichenderen Vorschläge auf den Tisch gelegt: u.a. sollen künftig die Versicherten zehn Prozent jeder medizinischen Leistung - einschließlich der Krankenhausaufenthalte sowie Arztbesuche - selbst bezahlen. Zahnersatz soll aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung verschwinden und künftig privat pflichtversichert werden. Mit Zähneknirschen werden alle Betroffenen reagieren, wenn diese christlichen Vorstellungen im

Herbst in einem neuen Gesetzentwurf vorgelegt werden sollten.

Wir dürfen die Ereignisse nicht als „gottgewollt“ hinnehmen. Wie viele Feiertage wollen wir uns noch klauen lassen, wie viel Lohnraub lassen wir uns gefallen, wie lange schauen wir noch zu, wenn die Millionäre keine Steuern mehr zahlen und wir dürfen dafür – wie jetzt vorgeschlagen – 500 Stunden umsonst arbeiten. Weihnachtsgeld weg! Urlaubsgeld weg! Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau! Dafür gehen wir mit 70 erst in Rente. Hurra, Deutschland!

Nein, wir verdianer lassen uns das nicht gefallen. Etwas Hoffnungsvolles hat die neue Konstellation in Sachen Gesundheitsreform dann dennoch: Für Proteste und Aktionen des Widerstands der Gegner der Agenda 2010, bleibt bis zum Herbst noch etwas mehr Zeit. Diese Zeit sollten wir nutzen. Wir alle müssen uns wehren, geändert wird nichts in Verhandlungen, sondern nur durch mutige Aktionen. Verabschieden müssen wir uns von dem Gedanken, andere Menschen könnten unsere Interessen vertreten. Auch die Funktionäre der Gewerkschaft müssen sich vom Stellvertreterdenken verabschieden. Wacht auf, Verdammte dieser Erde! Nur, wenn wir auf die Tube drücken, dann kommt auch etwas raus. Eine andere Politik ist möglich!



Mit dem Durchblick auf der Station 5

Augen, Nase, Ohren und der Hals



Mittwoch, 6 Uhr auf der Station fünf. Heute ist Großkampftag. 15 Zugänge, 14, Entlassungen und 18 Operationen - davon 12 in Vollnarkose - stehen auf dem Programm. Hinzu kommen zwei radiologische Patienten, die nach einer Angiographie noch stationär überwacht werden sollen.

Hier gilt die alte Weisheit: Wenn das Ziel stimmt, entscheidet die Organisation alles. Nach der Übergabe des Nachtdienstes teilt Stationspfleger Gerhard Holzschuh die zwei Bereiche ein. Jeder Bereich führt die OP-Vorbereitungen selbst durch, das bedeutet: beim Betten machen Augentropfen verabreichen, Stützstrümpfe anpassen, Patienten aufklären, welche Medikamente sie weglassen und welche sie nehmen sollen. Um 7.15 Uhr werden die ersten Patienten für ihre Operation prämediziert, gleichzeitig wird mit der Entlassung der HNO-Patienten begonnen. Pflegeassistentin Anne Schneider tauscht die Betten, wäscht die Nachttische aus. Die ersten freiwerdenden Betten werden mit den radiologischen Patienten belegt, möglichst nahe an der Schwesterzentrale, weil nach der Angiographie engmaschig die Vitalfunktionen überwacht werden müssen.

Ab 7.45 Uhr laufen die OP Transporte. Heute sind vier Patienten der Station 5 als erste dran, drei Augen- und ein HNO-Patient.

Um 8 Uhr wird das Frühstück für die Patienten ausgeteilt, die ersten Zugänge treffen ein, Gerhard Holzschuh schickt die Kolleginnen

Patricia Cinquemani und Anja Kuhn in die Frühstückspause. „Ich lege großen Wert darauf, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Frühstückspause einhalten,“ betont Gerhard Holzschuh.

Mitten im dicksten Trubel, nämlich im Stützpunkt, sitzt die Pflegesekretärin Petra Mayer und beruhigt geduldig und freundlich die neueintreffenden Patienten, die teilweise sauer reagieren, weil ihr Bett noch nicht frei ist. Das kann bis zehn, elf Uhr dauern. Gleichzeitig füllt sie für Entlassungspatienten Versicherungsformulare aus, macht Entlassungspapier-

re fertig und bestellt nebenher über den PC Essen für die Zugänge.

Um 8.15 Uhr beginnt der Augenarzt Dr. Hariri mit der Visite, die bis 10.30 Uhr dauert. Zerlin Mert unterstützt ihn dabei, erledigt die Verordnungen. Zwischendurch eilt sie durch die Zimmer, um Augenpatienten vor der Operation weit zu tropfen.

Um 10.00 Uhr klingelt Herr M, ein 30-jähriger Patient. Ihm wurden die Gaumenmandeln entfernt und er blutet nach. Gerhard Holzschuh bleibt gelassen, obwohl eine Nachblutung oft dramatisch aussieht. Routiniert inspiziert er den Rachen und stellt fest, dass keine Massenblutung vorliegt. Er informiert Dr. Hornberger, hängt dem Patienten eine Anvitoff-Infusion an, verabreicht ihm eine Eiskrawatte, lagert den Oberkörper hoch, nach 20 Minuten steht die Blutung.

Um 10.30 Uhr ist klar, dass die Betten auf Station fünf nicht ausreichen. Gerhard Holzschuh organisiert über Frau Dr. Kuhn die Auslagerung von 5 Patienten, drei kommen auf Station 4 und zwei auf Station 3.

Um 12.00 Uhr geht Petra Mayer nach Hause, sie hat Feierabend. Marie-Therese Bleif übernimmt für sie den Stützpunkt.

Nach dem Mittagessen kommt eine Anästhesistin, um die Patienten für den nächsten OP-Tag zu untersuchen.

Die letzten OPs werden um 16.00 Uhr abgeholt.

Wenn Gerhard Holzschuh nach einer solchen Schicht nach Hause geht, kann er nie sofort abschalten. „Ständig ertappe ich mich beim Nachdenken, ob wirklich alles erledigt worden ist.“



Wie soll man da arbeiten?

Klima kaum zum aushalten

Es ist heiß und schwül und im Krankenhaus ist es noch heißer und schwüler. Jedes Jahr spätestens mit den ersten warmen Tagen wird es in vielen Bereichen unseres Hauses unerträglich heiß und stickig.

Besonders hart betroffen sind die innenliegenden Funktionsräume in U I (Endoskopie, EKG/Lungenfunktion, Neurologie), aber

auch die Verwaltung und im Bettenturm die höher gelegenen Stationen.

Problematisch ist es, dass es technisch nicht möglich ist, auf einzelne Bedürfnisse einzugehen. Ein Beispiel: Wenn die Endoskopie vor Hitze eingeht und dort Lüftung und Kühlung hochgefahren werden, beschwert sich kurz darauf die Röntgenabteilung, weil es dort zieht und zu kalt ist.

Ferner spart das Haus, weil ein überdurchschnittlich hoher Energieverbrauch festgestellt wurde. Die raumlufttechnische Anlagen sind große Energiefresser.

Dazu stellt der Personalrat fest: Man darf nicht auf Kosten der Gesundheit und der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen sparen, indem Lüftung und Kühlung heruntergefahren werden.“



Wie die Bundesregierung sparen könnte und es nicht tut

Rüstung runter!

Kein Tag vergeht, an dem die Bundesregierung nicht zum Sparen auffordert. Die Etats für Soziales, Gesundheit und die Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik sind besonders von Kürzungen betroffen. Nun teilt die Bundesregierung Ausnahmen mit: Im Bereich Entwicklungshilfe und Verteidigung soll nicht gekürzt werden.

Das Erste ist zu begrüßen, reicht aber nicht aus. Das Zweite ist abzulehnen: Im Verteidigungs- und Rüstungsbereich müssen Kürzungen vorgenommen werden. In der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung ist vorgesehen, den Verteidigungsetat von derzeit 24,4 Millionen Euro ab 2007 um weitere 800 Millionen Euro zu erhöhen. Damit soll der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee und die Beschaffung dafür vorgesehene neue Waffensysteme finanziert werden.

ver.di fordert:

Keine neuen Steuergeschenke für Millionäre beschließen

ver.di fordert die Bundesregierung auf, bei einem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5 auf 42 Prozent zu verzichten. „Einkommensmillionären über 60.000 Euro jährlich zu schenken, ist unverständlich und mehr als überflüssig,“ erklärte Thomas Müller auf der Personalversammlung.

Die Senkung des Steuerspitzenatzes würde allein etwa 6 Milliarden Euro kosten. Diese Steuersenkung soll durch weiteren Diebstahl an Sozialleistungen finanziert werden.

Dies ist nicht nur ungerecht, sondern auch schädlich für Wachstum und Beschäftigung, weil dann per Saldo die Binnennachfrage weiter geschwächt würde.

Kurz berichtet:

KIS

Wir sind zusammen mit Püttlingen Pilotkrankenhaus der Bundesknappschaft, das neue KIS soll endlich das Laufenbergprogramm ablösen. Ob jedoch das neue System zum angedachten Termin 1.10.03 laufen wird, scheint zurzeit zumindest zweifelhaft. Das hängt nicht unbedingt an dem Programm, obwohl auch hier schon einige Kritik laut wurde. Das Programm sei ziemlich nackt und brauche noch eine Menge neuer Kleider. Die Einrichtung des neuen Systems scheint etwas konfus abzulaufen, was nicht an unseren Mitarbeitern liegt.

Internes Audit

Am 20. Juni fand ein Internes Audit im Haus statt. Mitglieder des Steuerkreises überprüften die in der Selbstbewertung gemachten Aussagen. Es gibt Bereiche, die bereits jetzt vorbildlich organisiert und strukturiert sind, es wurden aber auch Schwächen entdeckt, die bis zum Fremdaudit durch die KTQ Visitoren behoben sein müssen.

Dienstzeiten Augenärzte

Nachdem bei den Internisten der Bereitschaftsdienst abgeschafft und ein Schichtdienstmodell eingeführt wurde, gibt es jetzt auch bei den Augenärzten ein neues Dienstplanmodell. Zwar wurde hier nicht der Bereitschaftsdienst ganz abgeschafft, sondern reduziert. Durch die Verknüpfung von Bereitschaftsdienst und regulärem Dienst ist die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes gewährleistet, jedoch nicht das EuGH-Urteil zu Bereitschaftsdiensten.

Betriebsausflüge im September

Unsere diesjährigen Betriebsausflüge finden am 5. und 12. September statt. Ziel ist die Stadt Metz, den Abschluss feiern wir in Hisingen mit einem rustikalen Menü und Wein.

Impressum:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di - Fachbereich 03

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck

Vi.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>